

Wie schädlich ist das irische Steuerrumping?

Positive externe Effekte

Die irischen Steuern sind vielen ein Dorn im Auge. Der Unternehmenssteuersatz von 12,5 Prozent lockt viele ausländische Firmen an und verärgert andere EU-Staaten. Gleichzeitig ist Irland ein Nettoempfänger von EU-Geldern über Strukturfonds und ähnliche Transfers. Zwar erhielten die Iren 2015 nur 75 Euro pro Kopf netto von der EU und sind damit der kleinste unter den Nettoempfängern. Trotzdem: Deutschland als EU-Nettozahler subventioniert indirekt die Niedrigsteuern des Inselstaates.

Das ist doch kein fairer Steuerwettbewerb. Sollte nicht das irische Steuerrumping, das dem deutschen Staat die Einnahmen raubt, verboten werden? Brauchen wir nicht eine Gleichschaltung der Steuersätze auf EU-Ebene? Wer derart argumentiert, hat die Vorteile des Steuerwettbewerbs nicht verstanden. Eine Angleichung der Steuersätze auf das jeweils höchste Niveau würde den Finanzministern Zusatzeinnahmen bescheren. Sie hätten dann noch mehr Geld für ihre Zwecke und könnten die verzerrenden und Wohlstand vernichtenden EU-Subventionen noch weiter erhöhen.

Die EU-Umverteilung würde durch eine Steuergleichschaltung nicht verschwinden, sondern wahrscheinlich noch steigen. Langfristig würden nach der Ausschaltung des Steuerwettbewerbs die Abgaben wohl nur noch einen Weg kennen – nach oben. Der Pfad zu einem fairen Wettbewerb führt über ein Ende der EU-Umverteilungspolitik. Die niedri-

gen Steuersätze Irlands bieten ein exzellentes Argument, dieser Politik ein Ende zu bereiten. Doch nicht nur deshalb sollten wir den Iren dankbar sein. Die irischen Niedrigsteuersätze erlauben ein größeres Wirtschaftswachstum in Irland, das über eine größere Nachfrage dann auch Deutschland zugute kommt. Die Iren produzieren mehr und können so mehr für deutsche Produkte ausgeben.

Zudem wirken die irischen Steuersätze wie eine Bremse auf die deutschen Steuersätze. Ohne die niedrigen irischen Steuern wären die deutschen Steuern vielleicht noch höher. Steuerparadiesen wie Irland sei gedankt. Sie führen also zu niedrigeren Steuern und mehr Freiheit in Deutschland. In der Ökonomie nennt man diesen Zusammenhang einen positiven externen Effekt. Diese entstehen, wenn wir von Handlungen Dritter profitieren, ohne dafür zu zahlen.

Konkret: Dank der irischen Steuerpolitik herrschen bei uns niedrigere Steuern und mehr Freiheit – ohne daß wir dafür direkt bezahlen. Statt auf sie zu schimpfen, sollten wir den Inselbewohnern dankbar sein. Und klar, wir sollten auch die indirekten Zahlungen an Irland über die Umverteilungsmaschinerie der Europäischen Union einstellen. Ich will wetten, daß das die Iren keineswegs von der Beibehaltung ihrer Niedrigsteuersätze abhalten würde.

Prof. Dr. Philipp Bagus lehrt VWL an der Universität Rey Juan Carlos in Madrid.



VON PHILIPP BAGUS

»Die EU-Umverteilung würde durch eine Steuergleichschaltung nicht verschwinden.«



Laserschneidanlage der Firma Omega Blechbearbeitung: Wird bei der neuen Automatisierungswelle ein Drittel der Beschäftigten arbeitslos?

Ängste vor der leeren Fabrik

Industrie 4.0: Vernetzte Systeme von Mensch und Maschine kosten Arbeitsplätze / Lebenslanges Lernen?

DIRK MEYER

Für die einen ist es der Inbegriff von industriellem Fortschritt, für die anderen Synonym einer menschenleeren Fabrik und dem sozialen Abstieg breiter gesellschaftlicher Kreise – die „Industrie 4.0“. Nach der Dampfkräft, der Fließbandfertigung und der speicherprogrammierbaren Steuerung (NC) folgt nun die vierte industrielle Revolution, gekennzeichnet durch digital vernetzte Systeme von Mensch und Maschine auf der Basis des Internet. Technische Assistenzsysteme unterstützen die menschliche Arbeit mit Informationen, bieten Entscheidungshilfen und ermöglichen weitgehend selbstorganisierte Produktionssysteme.

Eingriffe sind vornehmlich auf Ausnahmefälle beschränkt, also bei Störungen oder Zielkonflikten. Kraftwerke, Fertigungsstraßen im Automobilbau oder die Netzsteuerung in der Telekommunikation sind bereits heute Realität. Callcenter, die die richtige Verbindung gemäß einem Algorithmus herstellen und einfache Probleme lösen, sind Alltagsprogramme zur Bearbeitung der

Einkommensteuererklärung ersparen vielfach den Steuerberater. Rasen- und Saugroboter ersetzen haushaltsnahe Dienstleister. Rechtsfragen werden zunehmend über sogenannte Legaltech programmgesteuert geklärt. Der juristische Dienstleister Flihtight bietet Passagieren die Abwicklung von Entschädigungen bei Annullierung, Nichtbeförderung und Verspätung an. Die Basis ist eine Datenbank mit allen Flug- und Verspätungsdaten sowie etwa 35.000 eingespeisten Gerichtsverfahren.

Geht uns also die Arbeit aus? Wird die Gesellschaft in einen kleinen Teil hochqualifizierter Gewinner und einen größeren Part geringqualifizierter Modernisierungsverlierer gespalten? Wird besonders die Mittelschicht betroffen sein – der einfache Anwalt, der Facharbeiter und die technische Assistentin? Oder wird es einen immer größeren Güterberg bei immer weniger Arbeitseinsatz geben: Mehr Wohlstand für alle – zum Teil sogar ohne Beschäftigung?

Vor vier Jahren schreckte eine Studie von Carl Frey und Michael Osborne (Universität Oxford) die Öffentlichkeit auf. Auf Basis einer Expertenbefragung ermittelten die Autoren die Automatisierungswahrscheinlichkeit für 702 Berufe

in den USA für die nächsten zehn bis 20 Jahre. Das Ergebnis: 47 Prozent der Amerikaner erleiden mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Arbeitsplatzverlust. Dies betrifft Berufe mit kognitiven und manuellen Tätigkeiten gleichermaßen.

Lediglich technische Grenzen wie die Identifizierung von Fehlern und die Fehlerbehebung, kreativ-intelligente Tätigkeiten des Problemlösens und sozial-intelligente Tätigkeiten wie Verhandeln und Überzeugen oder pflegerische Tätigkeiten verhindern zunächst eine weitere Robotisierung. Langfristig prognostizieren die Wissenschaftler jedoch eine Überwindung dieser technischen Grenzen, so daß in einer zweiten Automatisierungswelle weitere 33 Prozent der Beschäftigten arbeitslos würden.

Ungelernte und Flüchtlinge auf der Verliererstraße?

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales untersuchte das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) nun mögliche Arbeitsmarkteffekte für Deutschland. Bei gleicher Vorgehensweise ermittelten Holger Bonin, Terry Gregory und Ulrich Zierahn für 42 Prozent der Beschäftigten in Deutschland Berufe mit einer hohen Automatisierungswahrscheinlichkeit. Das Problem dieser Prognosen liegt in der Methodik: Nicht der Beruf, sondern die konkrete Tätigkeit ist für die Automatisierung wesentlich.

Legt man die Tätigkeitsstrukturen zugrunde, so sinkt die Automatisierungswahrscheinlichkeit rapide. In den USA weisen demnach neun Prozent der Arbeitsplätze ein hohes Verlustrisiko auf, in Deutschland trifft es zwölf Prozent der Beschäftigten. Der Grund: In den USA sind mehr Akademiker und Führungskräfte beschäftigt, in Deutschland mehr Bürokräfte und Handwerker, deren Tätigkeiten einer Automatisierung leichter zugänglich sind.

Eine Überschätzung der negativen Beschäftigungseffekte könnte zudem

aus der Befragung von Technikexperten herrühren, die die Möglichkeiten neuer Technologien eher positiv sehen. Die Untersuchungen berücksichtigen auch keine gesellschaftlichen, rechtlichen und ethischen Hürden bei der Einführung dieser Technologien. Aktuell zeigt beispielsweise die Diskussion um Fragen der Ethik und der Haftung beim autonomen Fahren, daß vorhandene technische Potentiale keinesfalls immer genutzt werden wollen.

Sodann können berufliche Tätigkeitsprofile neuen Anforderungen angepaßt werden. Als exportorientierter Standort sind für Deutschland die Chancen als Entwickler und Anlagenbauer hervorzuheben, was hochqualifizierte Stellen schafft. Daron Acemoglu (Massachusetts Institute of Technology) und Pascual Restrepo (Yale University) zeigen in einer länderübergreifenden empirischen Analyse für die Jahre 1990 bis 2015, daß die Automatisierung der Produktion eines Landes um so stärker stattfand, je größer der demographische Wandel war. Positive Effekte auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf widerlegten die These einer „säkularen Stagnation“, die in alternden Gesellschaften eine trendmäßige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums vorhersagt.

Allerdings hat eine positive Prognose notwendige Voraussetzungen: eine qualifizierte Allgemeinbildung, Flexibilität, ein lebenslanges Lernen mit der Bereitschaft und der Fähigkeit, sich neue Qualifikationen anzueignen, sowie betriebliche und staatliche Bildungsinfrastrukturen, die den neuen Anforderungen gewachsen sind. Minderqualifizierte, das zeigen alle Studien, sind die Verlierer der Industrie 4.0. Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss von anteilig sechs Prozent und beruflich nicht integrierte Flüchtlinge setzen diesen Gegenpol. Ein hoher Mindestlohn wirkt als zusätzliche Anpassungslast für diesen Personenkreis.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Die geforderte neue Quote hilft den Frauen gerade nicht

„Dax statt Discounter“

Von Thomas Fasbender

Da geht noch was!“ Vollmundig kommt die „Berliner Erklärung 2017“ zur Sache. Anlässlich des Jubiläums von hundert Jahren Frauenwahlrecht fordern 16 Verbände – als größter der Landfrauenverband mit 550.000 Mitgliedern – die Dreißig-Prozent-Frauenquote für alle börsennotierten oder der Mitbestimmung unterliegenden Unternehmen; auch für internationale Gesellschaften wie SE, Ltd. & Co. KG oder die britischen Public Limited Companies.

Wohlgemerkt: Die Rede ist von Aufsichtsräten und operativen Führungspositionen wie dem Vorstand und den beiden darunterliegenden Ebenen. Für die meisten Männer sind das Karriereziele im Olymp – unerreichbar. Jene, die ihn doch erreichen, riskieren dafür Ehe, Familie und Gesundheit. „The Rat Race“ nennen das die Amerikaner: das Ratten-Rennen. Man muß der Damenwelt zugestehen, mit der Quote den eindeutigen schlauneren Ansatz gewählt zu haben.

In der Tat sind solche Berliner oder andere Erklärungen vor allem

Arbeitsbeschaffungsprogramme für eine winzige Minderheit. Anders gefragt: Wer kennt eine nur ihres Geschlechts wegen verhinderte Dax-Aufsichtsrätin?

Wenn ihre Erklärung dem weiblichen Geschlecht wirklich helfen soll, würden die Verbandsführerinnen eine Männerquote von fünfzig oder doch wenigstens dreißig Prozent an der Discounterkassette fordern. Aber wenn interessiert das schon, wenn man Aufsichtsrätin werden kann?

Der Preis, den die Damenwelt insgesamt dafür zahlt, ist hoch. Je mehr Frauenquoten es gibt, desto sichtbarbarer klebt das Etikett Quotenfrau. Die Grünen erfahren das derzeit. Wer wählt schon eine Partei, deren Co-Vorsitzende ohne Wahl in den Sessel gehievt wurde?

Daß es Frauen auch ohne Quote ganz nach oben schaffen, zeigt das Beispiel der Bundeskanzlerin. Wäre sie eine Quotenkanzlerin, sie genösse nicht die Hälfte ihrer Autorität. Gut möglich, daß sie zur Wahl gar nicht erst angetreten wäre.

Beschäftigungsperspektiven 4.0

Wissenschaftler der Hans-Böckler-Stiftung haben in einer Studie zum Thema „Arbeit 4.0“ die Beschäftigungsperspektiven im norddeutschen Dienstleistungssektor untersucht. In Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen seien zwischen 1991 und 2015 ein Fünftel der Industriearbeitsplätze weggebrochen. Im Dienstleistungssektor habe es fast 30 Prozent mehr Erwerbstätige gegeben. Der Online-Handel werde zu „einer Neuaufstellung des Offline-Handels“ führen. Ein Teil der Beschäftigten werde durch Selbstbedienungskas-

sen und digitales Warenmanagement überflüssig. Im Krankenhaussektor werde es zu Verlagerungen von pflegerischen und medizinischen Leistungen durch Telemedizin nach Hause kommen. Der Bedarf an Pflegepersonal werde steigen, da ein Ersatz durch Servicoroboter unwahrscheinlich ist. Digitalisierung und Big Data veränderten in Zukunft allerdings auch den Kernbereich ärztlicher Tätigkeit.

Böckler-Studie „Digitalisierung, Automatisierung und Arbeit 4.0“:
► boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_032_2017.pdf

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030-864953-40 · Bestelltelefon: 030-864953-25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

| Expl. | Bestell-Nr. | Autor/Kurztitel | Euro |
|-------|-------------|-----------------|------|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!) Kundennummer (falls zur Hand)

Vorname/Name

Straße/Nr. (kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum/Unterschrift
Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:
jf-buchdienst.de

Andreas Marquart, Philipp Bagus, Roland Tichy

Wir schaffen das – alleine!

Warum kleine Staaten einfach besser sind

Nur die Vereinigten Staaten von Europa werden im Wettbewerb mit Asien und Amerika bestehen können. Dieses EU-Dogma wird von den beiden Bestsellerautoren gründlich auseinandergenommen. Tatsächlich gedeihen in Staatsmolochennämlich Bevormundung, Korruption und Verschwendung. 160 S., geb.



Best.-Nr.: 93381

EUR 14,90

Ralf Nienaber

Geplanter Untergang

Wie Merkel und ihre Macher Deutschland zerstören

Auf Merkels rechtswidrige Grenzöffnung folgten Vergewaltigungen, Diebstähle, Körperverletzungen, Morde und Terror. Was nach Unfähigkeit aussieht, hat jedoch einen Plan: Den Geostrategen und Spekulanten hinter Merkel geht es um Deindustrialisierung und Bevölkerungsaustausch. 304 S., Pb.



Best.-Nr.: 93207

EUR 18,90

Hans-Werner Sinn

Der Schwarze Juni

Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt

Für Hans-Werner Sinn stellt der „Schwarze Juni“ 2016 mit dem Brexit und weiteren wichtigen Entscheidungen eine Zeitenwende dar. Wir müssen jetzt handeln! Er legt daher ein kompaktes Programm zur Neugründung Europas und zur Änderung des Lissaboner EU-Vertrags vor. 368 S., geb.



Best.-Nr.: 93264

EUR 24,99

Max Otte

Investieren statt sparen

Anlegen in Zeiten von Niedrigzinsen, Bargeldverbot und Brexit

Die Niedrigzinsphase stellt alle Anleger vor eine große Herausforderung. Worauf müssen Sie jetzt achten, wie bauen Sie ein ertragreiches Depot und ein statliches Vermögen auf? Finanzexperte Max Otte zeigt, wie man solide Investments identifiziert, die richtige Anlagestrategie wählt und bessere Ergebnisse erzielt als mancher Fondsmanager! 496 S., Pb.



Best.-Nr.: 93310

EUR 20,00

Eberhard und Eike Hamer

Der große Crash-Ratgeber

Was tun vor, im und nach dem Crash?

Die beiden Wirtschafts- und Mittelstands-experten Eberhard und Eike Hamer rechnen mit einem baldigen Crash. Sie möchten private Vermögensbesitzer, kleine und mittelständische Unternehmer sowie Freiberufler in die Lage versetzen, ihr Vermögen umzusponieren und zu retten. 269 S., geb.



Best.-Nr.: 93362

EUR 22,95

Michael Grandt

Das Ende der Lebensversicherung

Warum Sie jetzt handeln müssen und wie Sie Ihre Altersvorsorge retten Schritt für Schritt

Rund 93 Mio. Lebensversicherungspolice sind in Deutschland abgeschlossen. Doch wer heute eine Lebensversicherung ausbezahlt bekommt, erhält bis zu 50 Prozent weniger Geld als kalkuliert. Michael Grandt zeigt Ihnen, wie Sie auch mit wenig Geld Ihre Altersvorsorge aufbauen. 240 S., geb.



Best.-Nr.: 93311

EUR 19,99

Götz W. Werner, Matthias Weik, Marc Friedrich
Sonst knallt's!

Warum wir Wirtschaft und Politik radikal neu denken müssen



Immer mehr Menschen haben das Gefühl, nur noch für den Staat zu schuften, und fühlen sich benachteiligt, während eine winzige Elite immer reicher wird. Die Autoren zeigen auf, warum ein bedingungsloses Grundeinkommen, Gemeingüter und eine Finanzregulierung vernünftig sind. 160 S., geb.

Best.-Nr.: 93473

EUR 10,00

Abbildungen können vom Original abweichen!